ständigung zwischen den verbündeten Regierungen und dem Reichstage statt zu erleichtern, erschweren kann. Ohne Zweifel wird zwar bei der Begründung des Antrages sorgfältig Alles vermieden werden, was auch nur den Anschein der Absicht einer Brüskirung des Reichskanzlers oder der Regierung erwecken könnte. Namentlich dürfte es auch Seitens des Centrums sorgfältig vermieden werden, sich auf die Sätze des in der Zolltarif-Commission angenommenen sogenannten Compromißantrages festzulegen. Aber man darf nicht vergessen, daß die Gegner und vielleicht nicht blos die Gegner der Zolltarifvorlage Alles daran setzen werden, bei diesem Anlaß die Agrarier nach Kräften mit der Regierung, der unverantwortlichen wie der verantwortlichen, zu verhetzen, und daß es insbesondere ihr eifriges Bestreben sein wird, bei diesem Anlasse eine Unannehmbar-Erklärung seitens der preußischen Regierung in der Art, wie sie der Reichsschatzsekretär in der Zolltarifcommission abgegeben hat, zu provociren. Man darf allerdings vertrauen, daß die Staatsregierung den Gegnern der Zolltarifvorlage nicht in der von ihnen gewünschten Weise auf den Leim gehen wird. Immerhin ist die Wirkung der Verhandlung auf die Regierung nicht mit Sicherheit vorauszusehen, und es wird großer Vorsicht und Geschicklichkeit bedürfen, um zu verhüten, daß die Handhabe, welche die unglückliche Fassung des Antrages den Gegnern bietet, von diesen mit Erfolg ausgenützt wird. Je kürzer, je knapper und mit je größerer Disciplin die Verhandlung geführt wird, um so eher wird sich eine unerwünschte Wirkung derselben vermeiden lassen."

Die „Post" und ihre Hintermänner sind sich also klar darüber, daß der conservativ-clerikale Antrag von der preußischen Regierung etwas fordert, was sie weder erfüllen wird, noch erfüllen kann, aber sie wollen trotzdem verhüten, daß Graf Bülow abermals ein „Non possumus" spreche. Sie wollen eine Erklärung, in der von „gutem Willen" die Rede ist, die aber Alles im Unklaren läßt, oder vielmehr das bereits durch die früheren Kundgebungen des Reichskanzlers Erklärte wieder ins Unklare bringt. Und schwiege Graf Bülow, so würde die „Post" dies jedenfalls so deuten, daß er den Gegnern der weiteren Erhöhung der Getreidezölle nicht habe „auf den Leim gehen wollen". Da es aber dem Grafen Bülow als Reichskanzler ebensowohl wie als preußischem Ministerpräsidenten vor Allem darauf ankommen muß, volle Klarheit zu schaffen und weiteren verwirrenden Agitationen den Boden zu entziehen, so wird er in einer Weise zu antworten genöthigt sein, die jeden Versuch einer Mißdeutung ausschließt.

Der **Bettelbrief**, den ein nunmehr entlassener Vertreter der Firma Johann Faber an polnische Kaufleute sandte, ist in der gesammten Presse mit einer einzigen Ausnahme einhellig auf das Schärfste verurtheilt worden. Diese Ausnahme bildet das „Organ für Jedermann aus dem Volke", die in Berlin erscheinende demokratische „Volks-Ztg." Nach längerem Besinnen schwang sich das genannte Blatt zu einer Vertheidigung des bayerischen „Patrioten" auf, indem es von einer „Nothwehr" der „bayerischen" Industrie sprach und folgende prächtige Combination zum Besten gab: „Setzen wir den Fall, die bayerischen Ultramontanen beobachteten gegen die dortigen Protestanten ein solches Verhalten, wie es die preußischen Hakatisten von der preußischen Regierung gegen die Polen fordern; und setzen wir ferner voraus, daß in Folge dessen alle Protestanten Englands, Schwedens, Norwegens, Dänemarks, der Ostseeprovinzen, Oesterreich-Ungarns u. s. w. preußische Exportfirmen boycottirten, würden die solchergestalt geschädigten preußischen Firmen ruhig für die Thaten der bayerischen Ultramontanen bluten? Oder würden sie schlecht unterrichteten Abnehmern draußen sagen: für das, was in Bayern geschieht, kann man uns, die preußischen Industriellen, nicht verantwortlich machen? Aus der Antwort auf diese Frage ergiebt sich die Stellung jedes unbefangenen Menschen gegenüber dem Acte der Nothwehr, den die bayerische Firma begangen hat." — Die Kühnheit der vorstehenden Combination bleibe auf sich beruhen. Nur die Irreführung, die das angeblich unbefangene Organ für Jedermann aus dem Volke sich gestattet, sei hier kurz beleuchtet. Sie besteht zunächst in der Unterstellung, als ob der Bettelbrief des bayerischen „Patrioten" sich gegen die preußischen Hakatisten wegen ihrer Forderungen an die preußische Regierung richte. In Wirklichkeit reißt der Bettelbrief die Polenpolitik, wie sie in Preußen von der Regierung vertreten wird, auf das ärgste den polnischen Kaufleuten zu Liebe herunter. Aber weit schlimmer als diese Unterstellung ist das Hinüberspielen der ganzen Angelegenheit von dem nationalen auf das confessionelle Gebiet. Nicht um protestantisch und klerikal handelt es sich in dem Bettelbriefe, sondern um „antipreußisch" und „antibayrisch". Die Nürnberger Firma wird sich ihres entlassenen Vertreters zu schämen fortfahren und daher wünschen, er möge sich da einnisten, wo die Berl. „Volks-Ztg." wächst.

Der **Premierminister von Neu-Seeland** ist bekanntlich ein sehr scharfer Herr, dessen Schuld es z. B. sicherlich nicht ist, wenn England schließlich seine Ansprüche an die Samoa-Inseln aufgegeben hat, und der jetzt mit um so größerer Leidenschaft seine Expansionsgedanken verfolgt. Zu Ehren dieses Herrn Seddon, der auf der Durchreise nach London mit Frau, drei Töchtern und Schwiegersohn vierundzwanzig Stunden lang in Sydney geweilt hat, wurde am 19. April ein Bankett veranstaltet, an dem auch der Premier des Bundes, Herr Barton, Sir William Lyne und die Minister von Neu-Süd-Wales theilnahmen. Herr Seddon, der von den einzelnen Rednern bald als der große Engländer, bald als der „Zar von Neu-Seeland" gefeiert wurde, sagte in seiner Rede u. A.:

„Ich will bezüglich der Inselfrage nur sagen, daß Neu-Seeland in den letzten 30 Jahren durch seine Staatsmänner eine gute Politik in Bezug auf die Inseln vorgezeichnet hat und diese bestand darin, daß auf jeder einzelnen Insel unsere grandiose Flagge wehen sollte. (Beifall.) Es ist die Schuld anderer, die keinen solchen weiten Blick besitzen, gewesen, daß anderen Nationen gestattet worden ist, Fuß zu fassen, und dies Fußfassen, das sage ich Ihnen, ist britischen Interessen feindlich. (Wiederholter Beifall). Das einzige Ziel Neu-Seelands ist folgendes: bedacht zu sein, daß diese Inseln für britischen Gebrauch und britische Production erhalten bleiben, und wenn Ihr Bundespremierminister, ich und andere darüber berathschlagen werden, so werden Sie sehen, daß die Frage nicht von dem engen Gesichtspunct ihrer Berührung mit Neu-Seeland oder mit Australien ins Auge gefaßt werden wird, sondern auf der breiten Grundlage ihrer Beziehungen zum britischen Reiche. (Lauter Beifall). Ich möchte Sie jetzt einen Augenblick zurückführen und ohne auf Streitfragen einzugehen, Ihnen die Zeit in Erinnerung rufen, da Deutschland uns Inseln im Stillen Ocean überließ und Großbritannien Deutschland britische Interessen in Samoa überließ. Es wurde als klar angesehen, daß alle diese Inseln nach einiger Zeit unter britische und australische Controle kommen sollen. Ich kann Ihnen, ohne Staatsgeheimnisse zu verrathen, mittheilen, daß diese Angelegenheit Ihre Bundesregierung beschäftigt hat; sie hat den Generalgouverneur der Commonwealth beschäftigt und die Dinge werden so gestaltet werden, daß sie berathen und behandelt werden können, wie sie es sollen, im Interesse von Australien, im Interesse von Neu-Seeland und zum Besten unseres Reiches."

Herr Seddon trägt sich der „Frankf. Ztg." zufolge mit der Absicht, nach Berlin zu gehen und dort mit dem Kaiser zu sprechen.

Deutsches Reich.

* **Berlin**, 1. Juni. (Prinz Heinrich in Dublin.) Bekanntlich war von Irland aus die Nachricht verbreitet worden, Prinz Heinrich habe während seines Aufenthaltes mit dem ersten Geschwader vor Kingstown „die Empfangnahme einer Begrüßungsadresse der deutschen Colonie in Dublin abgelehnt." An diese Meldung hatten irische Blätter Commentare geknüpft, die deutsche Blätter zu dem Wunsche nach befriedigender Aufklärung veranlaßt hatten. Nach Rückkehr des ersten Geschwaders in die heimischen Gewässer ist nunmehr ein Berliner Mitarbeiter der „Münch. Allgem. Ztg." in die Lage versetzt, die folgende Aufklärung zu geben: „Durch Vermittelung des kaiserlichen Consuls hatte die deutsche Colonie in Dublin dem Prinzen Heinrich ein Schreiben übersandt, welches am 14. Mai beim Geschwadercommando eintraf und in welchem um den Empfang einer Deputation, bestehend aus 40 Herren und 20 Damen, unter Führung des Professors Sells an Bord des Flaggschiffes Seiner königlichen Hoheit gebeten wurde. Da Prinz Heinrich schon bei seiner ersten Anwesenheit in Dublin von Bremerhaven aus zwischen dem 6. und 12. Mai d. J. für die Dauer des Geschwaderaufenthaltes vor Kingstown bindende Zusagen auf die an ihn ergangenen Einladungen gegeben hatte, so wurde am 17. Mai dem deutschen Consul folgendes auf die Eingabe der deutschen Colonie in Dublin geantwortet: „Seine königliche Hoheit bedauert sehr, die von Professor Sells geführte Deputation nicht persönlich empfangen zu können, da er sich während der nächsten Tage nicht an Bord befinden wird. Er hat jedoch den Commandanten des Flaggschiffes beauftragt, die Adresse entgegen zu nehmen. Dieser wird bereit sein, Donnerstag Nachmittag die Deputation zu empfangen und ihr nachher Gelegenheit geben, S. M. S. „Kaiser Friedrich III." zu besichtigen." Hierauf wurde von dem deutschen Consul in einem Dankber Gäste an Bord des Flaggschiffes getroffen waren, lief schreiben zustimmend geantwortet. Als dann für Donnerstag, den 22. Mai, alle Vorbereitungen zum Empfang der Gäste an Bord des Flaggschiffes getroffen waren, lief plötzlich folgendes Telegramm des deutschen Consuls ein: „Professor Sells benachrichtigt mich, daß die von ihm geführte Deputation jetzt verweigert, die Adresse weder zu bringen noch zu senden. Bitte daher keine Boote zum Abholen zu senden." Wir können die plötzliche Aenderung des Entschlusses der Deputation nach Lage der Verhältnisse nur bedauern. Die in den irischen Blättern ausgesprochene Behauptung, daß der Prinz und seine Officiere sich „auf das strikteste vom deutschen Element" ferngehalten hätten, ist unwahr, denn wo nur eine Berührung mit Deutschen stattgefunden hat, ist ihnen — wie es ganz selbstverständlich ist — auf das zuvorkommendste entgegengekommen. Mit deutschen Familien hat sich mancher Verkehr angebahnt und eine größere Anzahl Deutscher hat sich des Vergnügens erfreut, nicht nur die Schiffe zu besichtigen, sondern auch mit Kriegsschiffbooten zum Besuch an Bord befördert zu werden."

* **Berlin**, 1. Juni. (Zwangspensionirung der Universitäts-Professoren.) In Oesterreich und Holland besteht eine Bestimmung, wonach Universitätsprofessoren mit dem vollendeten 70. Lebensjahre in den Ruhestand treten müssen. Wie es scheint, will man jetzt auch in Bayern diese Bestimmung einführen. Der bayerische Cultusminister hat sich dafür ausgesprochen und einige Centrumsabgeordnete haben ihm zugestimmt. In der Regel seien die Kräfte zur Ausübung der akademischen Lehrthätigkeit mit 70 Jahren erschöpft oder doch wenigstens der Erschöpfung nahe. Unter allen Umständen könne der betreffende Docent, auch wenn er einen Nachfolger erhält, seine Vorlesungen fortsetzen. Außerdem bleibe er im Genusse seines vollen Gehaltes. Die „Kreuzzeitung" bemerkt hierzu: „Mit der gedachten Bestimmung hat man in Oesterreich keineswegs günstige Erfahrungen gemacht. Bedeutende Docenten wurden dort genöthigt, ihre Lehrthätigkeit zu beenden, obwohl sie in jeder Beziehung rüstig waren. Das wiederholte Vorkommen solcher Fälle hatte zur Folge, daß hervorragende reichsdeutsche Professoren einen Ruf nach Oesterreich ablehnten, um nicht in die Lage zu kommen, mit 70 Jahren die Lehrthätigkeit aufgeben zu müssen. Wohl beziehen die österreichischen Professoren auch nach dem 70. Lebensjahre ihr volles Gehalt, aber sie verlieren die Collegiengelder, die in vielen Fällen bedeutend höher sind. Von der Erlaubniß, noch einige Semester Vorlesungen zu halten, haben die betreffenden Professoren fast niemals Gebrauch gemacht, weil erfahrungsgemäß die Masse der Studenten nur die Collegien solcher Professoren besucht, die später die Prüfungen abzuhalten haben. Gerade dieses Recht wird aber den Professoren, wenn sie ihr 70. Lebensjahr vollendet haben, entzogen. So wagt es Keiner von ihnen, auch nach dem 70. Lebensjahre seine Vorlesungen fortzusetzen, da auf fortgesetzten starken Besuch nicht zu rechnen wäre. Ueberblickt man die stattliche Reihe jener Universitätsprofessoren, die auch nach dem 70. Lebensjahre noch erfolgreich und hervorragend wirkten, so wird man die Einführung einer Bestimmung nicht befürworten können, die mit ihrer schablonenmäßigen Zwangspensionirung zuweilen vortheilhaft sein mag, gerade in hervorragenden Fällen aber unwägbare Nachtheile im Gefolge haben muß und für die betroffenen Universitäts-Professoren in hohem Grade entmuthigend und verletzend ist."

— Wie nachträglich bekannt wird, hat der Kaiser dem Generaldirector Ballin nach der Generalversammlung der Hamburg-Amerika-Linie ein in sehr anerkennenden und warmen Worten gehaltenes Telegramm gesandt, in dem er ihm zu der unter vollster Wahrung aller nationalen Interessen durchgeführten Erledigung der in jener Versammlung behandelten Fragen beglückwünscht.

— Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin und Prinz Friedrich August von Sachsen und Gemahlin sind gestern Nachmittag aus Potsdam wieder abgereist.

— Der Schah fuhr heute früh zum Besuche des Mausoleums nach Charlottenburg.

— Das „W. T.-B." verbreitet folgende Meldung: Die Nachricht, auf den 7. Juni sei eine Herrenhaussitzung anberaumt, ist falsch; in den Dispositionen des Herrenhauses ist keine Aenderung vorgenommen, es liegt auch kein Moment vor, was eine Aenderung bedingte.

— Im Abgeordnetenhause gedenken nach auswärtigen Blättern die Conservativen wegen der gesetzlichen Regelung des Contractbruchs ländlicher Arbeiter zu interpelliren.

— Von dem verstorbenen Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts und ehemaligen Chef des preußischen Volksschulwesens Dr. Kügler wird nachträglich ein Schreiben bekannt, das der Verstorbene an den Lehrerverein der Umgegend von Bromberg gerichtet hat. Der genannte Verein hatte ihm aus Anlaß seines Ausscheidens aus dem Ministerium ein Telegramm gesandt, in welchem die ostdeutsche Lehrerschaft ihres ehemaligen Chefs in treuer Dankbarkeit immerdar zu gedenken gelobte. Das vom 15. April d. J. datirte Schreiben enthält unter Anderem folgende bemerkenswerthe Auslassungen:

„Sie stehen, meine Herren, auf einem vorgeschobenen Posten in schwerer Arbeit. Aber das Bewußtsein, daß die Zukunft der Ostmarken in erster Reihe auf Ihrer unermüdlichen Pflichttreue ruht, wird Ihnen wie bisher die Kraft geben, treu auszuharren. Ich habe mich Ihnen stets besonders eng verbunden gefühlt, weil auch ich den Kampf gegen die staatsfeindlichen Bestrebungen, unter denen Sie leiden, jahrzehntelang geführt habe."

— Das Oberverwaltungsgericht hat in einem Erkenntniß ausgeführt, daß die Zuständigkeit der Landespolizeibehörden zur Feststellung der im amtlichen Verkehr anzuwendenden Schreibweise von Ortsnamen nach der in der Verwaltungspraxis und Rechtsprechung herrschenden Rechtsauffassung zu bejahen ist. Das Oberverwaltungsgericht hat nach der „D. Juristenztg." u. A. Folgendes ausgeführt:

Wenn auch die Aufstellung von Regeln für die Rechtschreibung und deren Anwendung die polizeilich zu schützenden Interessen sonst nicht berühren, so gilt dies doch nicht von der Schreibweise von Namen. Die Ortschaften stellen sich als unterste staatliche Verwaltungsbezirke dar und bilden die Grundlage öffentlich-rechtlicher, in dem Staat eingegliederter und unter staatlicher Aufsicht stehender Körperschaften, der Stadt- und Landgemeinden, sowie der diesen gleichstehenden Gutsbezirke; ihre Benennung und Namensschreibung berührt also die öffentlichen Interessen in den verschiedensten Beziehungen und nach den verschiedensten Richtungen hin. Auf dieser besonderen Bedeutung der Ortsnamen und ihrer Schreibweise beruht der Satz, den das Oberverwaltungsgericht dahin ausgesprochen hat: „Es ist ein Gebot der öffentlichen Ordnung, daß im amtlichen Verkehr für jede Ortschaft eine allgemein maßgebende Bezeichnung bezw. Schreibweise besteht".

Zu wünschen wäre dabei nur, daß die amtliche Schreibweise sich im Allgemeinen mit der von der öffentlichen Meinung bevorzugten deckte, was bei der Neuerweckung des undeutschen „C" gewiß nicht der Fall ist.

— Nach einer Verfügung des preußischen Justizministers vom 26. Mai haben die Vormundschaftsrichter den Waisenrathsversammlungen außerhalb des Gerichtssitzes fortan regelmäßig beizuwohnen. Die Bestimmung über Ort und Zeit der Versammlung erfolgt durch die Oberlandesgerichtspräsidenten nach Benehmen mit den Regierungspräsidenten.

— Einen Streik-Unterstützungsfonds wollen die Bäcker Deutschlands gründen, nachdem der Berliner Polizeipräsident im Wege der Aufsicht den vor zwei Jahren eingerichteten Streikabwehrfonds aufgehoben hat. Der Deutsche Bäckerverband, der 39 000 Mitglieder zählt, hat beschlossen, den Abwehrfonds in eine Streikunterstützungscasse in der Form einer freien Hilfscasse umzuwandeln. Der Zweck der Casse ist nach den Satzungen, ihren Mitgliedern die Kosten, die beim Eintritt einer Arbeitseinstellung durch Heranziehung von Arbeitskräften aufgewendet werden, zu ersetzen. Der vom 11.—12. August dieses Jahres in Köln tagende Centralverbandstag soll endgiltig über diese Angelegenheit beschließen.

— Der General der Infanterie Frhr. v. Gemmingen, Präsident des Reichs-Militärgerichts, ist von Karlsbad hier wieder eingetroffen. Der Wirkl. Geh. Rath Perels, Director des Verwaltungsdepartements des Reichs-Marineamts, hat sich nach Düsseldorf begeben.

— Der Anschluß der deutschen evangelischen Gemeinde Caracas in Venezuela an die Landeskirche der älteren Provinzen der preußischen Monarchie ist genehmigt worden.

— Der gesammte Vorstand der Lichtenberger Ortskrankencasse ist der „Post" zufolge durch eine Verfügung der Aufsichtsbehörde seines Amtes enthoben worden. Zwischen dem Vorstande und dem Rendanten bestanden Zwistigkeiten, bei deren Beurtheilung die Aufsichtsbehörde sich auf die Seite des Rendanten stellte, was auch dadurch zum Ausdruck kommt, daß sie ihn, nach Absetzung des Vorstandes, mit der commissarischen Wahrnehmung der Vorstandsgeschäfte betraute. Zur Entscheidung der Streitfragen war eine Generalversammlung der Krankencassenmitglieder einberufen worden. Der neue Commissar vertagte die Abhaltung dieser Generalversammlung, die übrigens zu seinem eigenen Verhalten Stellung nehmen wollte.

* **Posen**, 1. Juni. Der Wreschener Unterstützungsfonds, der am 21. April 178 849,06 ℳ betrug, ist, wie das Comité berichtet, bis auf 180 796,28 ℳ angewachsen. Der „Fonds für die junge Generation" ist in derselben Zeit von 27 212,62 ℳ auf 29 494,72 ℳ gestiegen.

* **Braunschweig**, 1. Juni. In Uebereinstimmung mit der bereits mitgetheilten officiösen Berliner Auslassung über das angebliche „Kopfschütteln" im Reichsjustizamt über die Denkschrift des braunschweigischen Staatsministeriums steht die von Herrn Landgerichtsrath W. Kulemann in Braunschweig an den „Hann. Cour." gerichtete Zuschrift:

„Vor einigen Wochen erhielt ich von einem Beamten des Reichsjustizamts einen Brief, in welchem er gelegentlich einer privaten Angelegenheit zugleich sich über die Denkschrift des hiesigen Staatsministeriums in der Welfenfrage, sowie den Bericht der Justizcommission des Landtages äußerte und sie einer abfälligen Kritik unterzog. Die hiesige „Vaterländische Volkszeitung" hat darüber eine Mittheilung gebracht, die auch von Ihnen übernommen ist, die aber in einem wichtigen Puncte nicht zutrifft, nämlich hinsichtlich der Behauptung, die Denkschrift habe „bei dem Reichsjustizamt ein allgemeines und gewaltiges Kopfschütteln hervorgerufen". Der Briefschreiber hat mir gar nicht mitgetheilt, welche Auffassung man im Reichsjustizamt über die Sache habe, sondern hat mir lediglich seine private Ansicht geäußert, die dahin ging, daß die staatsrechtlichen Ausführungen der Denkschrift und des Berichts der Justizcommission, der Landesherr eines deutschen Staates bedürfe zum Antritte seiner Regierung einer durch den Bundesrath aus-

---

„Na, Sie sind doch aus der Stadt; Sie müssen doch wissen, wie lange Sie heraus gebraucht haben, so viel brauchen Sie wieder hinein."

„Grobsack", lachte Weithaas; aber man gab er erst recht das Gespräch nicht auf.

„Ja, wenn ich direct hierher gekommen wäre, dann wüßte ich es, aber ich komme über . . . über . . ." Es war recht fatal, es fiel ihm kein in der Nähe gelegenes Dorf ein, endlich hatte er es: „. . . über Liebenhain."

„Ueber Liebenhain?" lachte der Wirth, und seine Gäste begleiteten ihn. „Na, dann brauchten Sie doch nicht über Oelz zurück, das ist komisch."

„Ich habe einen Spaziergang gemacht, und in der Finsterniß kann man nicht gut fortkommen. Die Chaussee war auch so glatt."

Die Gesichter der Bauern wurden wieder länger; wollte der Mann sie foppen? Endlich sagte der Wirth:

„Wir haben ja gar keine Chaussee nach Liebenhain, das ist ja nur ein Feldweg."

„Na, dann war es ein Feldweg", platzte Weithaas ärgerlich heraus.

„Nun hört doch aber Alles auf", mischte sich einer der Bauern ins Gespräch. „Einen Feldweg müssen Sie doch von einer Chaussee unterscheiden können. So dunkel ist es nicht, denn der Schnee leuchtet, daß Sie die Bäume an der Chaussee erkennen müssen."

„Ich sage Ihnen ja, ich bin hier ganz unbekannt."

„Den Weg am Walde hin hätte Ihnen Jedermann gezeigt, das ist doch der nächste", sagte ein zweiter.

Bei dieser Frage spielte ein Lächeln über die derbknochigen Gesichter der übrigen. Weithaas bemerkte es nicht.

„Ich bin erst ein Stück am Walde hingegangen, dann aber hier abgebogen, weil ich Licht sah."

Jetzt platzte die ganze Gesellschaft in ein kräftiges Lachen aus.

„Hier giebt es auf zwei Stunden im Kreise keinen Wald, lieber Mann", lachte sein Befrager, „wenn Sie wieder etwas wollen, müssen Sie es gescheidter anfangen."

Weithaas wurde dunkelroth vor Aerger. Sich so zu verfahren! Er hatte bei den Leuten den ganzen Respect verloren; das waren schlechte Aussichten für seine Geschäfte. Was thun? Sich betrunken stellen, das hatte keinen Sinn; aber was? Schon rüsteten sich die Leute zum Aufbruch. Er trat einige Schritte nach dem Tische zu, zog dabei unbemerkt den Hut etwas ins Gesicht und lachte mit.

„Meine Herren", sagte er, „ich bin natürlich nicht in Liebenhain gewesen. Mich hat die Neugierde aus der Stadt geführt, denn ich habe heute von einem großen Diebstahl gehört, und daß eine Belohnung auf die Ergreifung des Diebes ausgesetzt ist, und wollte nun hier etwas Näheres erfahren."

„Das haben Sie sehr dumm angefangen", bemerkte trocken der Wirth, „übrigens ist das schnell inder Stadt herum, daß hier gestohlen wurde; aber eine Belohnung? Wißt Ihr was von einer Belohnung, die Friedrich ausgesetzt hat? Du mußt es doch wissen, Karl, Du bist doch sein Schwager."

„Belohnung — der? Nein, das glaube ich nicht — das thut der nicht. So geizig, wie er ist, setzt er schon aus Geiz keine Belohnung aus."

„Ich glaube es auch nicht", pflichtete ihm ein Anderer bei. „Wer seinen Jungen wegen ein paar hundert Mark verstößt, sein eigen Fleisch und Blut, der giebt keine Belohnung. Das Geld kriegt er doch nicht wieder."

„Braucht er auch nicht", meinte ein Anderer.

„Dann braucht er es nicht zu versteuern."

„Vielleicht hat er es noch."

Kaum war das letzte Wort vom Munde des Wirthes entflohen, da wurden sie Alle mäuschenstill, als hätten sie zusammen eine große Dummheit gemacht. Weithaas war das nicht entgangen. Er wollte nun nochmals fragen.

„Hm, hm, Steuer", sagte er, „wieso nicht versteuern? Es ist wohl gar nicht gestohlen worden?"

Aber Niemand gab ihm eine Antwort. Sie erhoben sich Alle, nahmen stillschweigend ihre Hüte. „Adjes, adjes", sagten sie und gingen langsam ab. Der Wirth schraubte die Lampe ein und hatte auf wiederholtes Fragen nur die Antwort, daß er jetzt schließen wolle. Weithaas mußte gehen.

Auf dem Heimwege überlegte er sich, was er gehört hatte. Immer kam die Bemerkung: „Vielleicht hat er es noch" in seine Gedanken.

„Ja dumm", murmelte er, „ich hätte die Kerle, die mich so anmarren, doch wegen ihrer Collusion arretiren sollen. Jetzt sind mir die entwischt und aus der Friedrich'schen Sache wird wohl gar nichts."

Nach einer Viertelstunde Weges war er an der Stadtgrenze. Er bestieg einen Pferdebahnwagen und fuhr nach dem Polizeiamte. Dort lag nichts mehr für ihn vor. Er wollte gern noch etwas erfahren. In Blumenthal würde man vielleicht etwas wissen. Er begab sich nach diesem Vorort in eine Kneipe, wo gewöhnlich Baugewerken verkehrten, und ließ sich einen Schoppen geben. Ein Bauunternehmer Müller kannte ihn und befragte ihn, ob es etwas Neues gebe. Eingedenk dessen, was ihm passirt war, schwieg er. Dann brachte er unauffällig das Gespräch auf die Bauverhältnisse, denn sein Nachbar mußte doch etwas über Friedrich wissen, der so viele Baugelder borgte. Er wußte auch etwas. Er hatte Land von Friedrich gekauft und mit dessen Gelde gebaut. Weithaas fragte ihn, ob er noch mit Friedrich in Verbindung stehe. Natürlich, er hatte ihm am zweiten Januar erst 1100 ℳ Zinsen gezahlt.

„Vierteljährliche?" fragte Weithaas beiläufig.

„Nein, halbjährliche; aber wenn ich Geld brauchte, ich kriegte von dem noch mehr. Der hat unmenschliches Geld. Der weiß nicht, was er damit anfangen soll. Ich glaube, der läßt sein ganzes Geld zu Hause liegen. Als ich einmal in Verlegenheit war . . ., es war im vorigen August, ging ich zu ihm, um mir tausend Mark zu borgen. Und wißt Ihr, was ich bekam? Denselben Tausendmarkschein, den ich ihm am 1. Juli bezahlt hatte. Ich notire mir nämlich immer die Nummern der Tausender."

„So, so, das ist praktisch", meinte Weithaas, äußerlich ruhig, während in ihm das Polizeifieber loderte, „haben Sie denn diesmal auch notirt?"

„Gewiß, ich mache es immer so."

„Welche Nummer haben Sie ihm denn gegeben?"

„Warum fragen Sie mich denn? Ist denn was los?"

„Nicht, daß ich wüßte, ich frage nur so, weil mich doch das interessirt. Wann bekommt unsereiner denn einen Tausendmarkschein zu sehen. Ich weiß gar nicht, ob er grün oder roth aussieht."

„Ihr von der Polizei bekommt freilich keinen als Gehalt. Uebrigens", prahlerisch zog der Bauunternehmer seine Brieftasche und entnahm ihr einen braunen Schein, „so sah er aus und die Nummer war die vorhergehende, 21 897, ich hatte die beiden Scheine, funkelnagelneu, von der Reichsbank bekommen."

„Hm, hübsches Geld", lachte Weithaas, „schade, daß ich kein solches habe."

„Er nahm den Schein in die linke Hand und beguckte aufmerksam die Figuren. Seine Augen brannten auf den Ziffern, um sie nicht zu vergessen. Was sollte er thun? Sich die Nummern im Buch notiren, das wäre auffällig gewesen. Er hatte doch noch das Amtsgeheimniß zu wahren. Er sann einen Augenblick nach. Verloren sah er in das Glas.

„Polizeirath, gebt mir nun meinen Schein wieder. Ich brauche ihn morgen."

Er gab den Schein zurück und ein freudiges Lächeln zuckte über sein Gesicht. Er hatte sich die Nummer für immer gemerkt: 2 und die Jahreszahl 1897, also mußte der Schein, den Friedrich erhalten hatte, 21 896 numerirt und ganz neu sein. Mit so einem Anhaltepuncte ließ sich schon etwas machen. Er fragte noch dies und jenes, aber man konnte ihm nicht mehr mittheilen. Dann ging er nach Hause.

Am Morgen des 5. Januar, einem Dienstage, sehr zeitig, ließ sich Weithaas bei dem Polizeidirector melden.

„Nun, Weithaas, was haben Sie bis jetzt herausgekriegt? Sie haben wohl noch gar nichts machen können, es war gestern zu spät."

„O doch, Herr Director, ich habe zweierlei erfahren."

„Etwas wichtiges?"

„Es kann sein."

„Schießen Sie los!"

„Ich war gestern Abend noch in Oelz. Man scheint da nicht gut auf den Bestohlenen zu sprechen zu sein."

„So, so."

„Ich habe mich mit einigen Bauern unterhalten und man sprach verblümt die Vermuthung aus, daß der Diebstahl gar nicht geschehen sei, daß Friedrich der Steuer gegenüber ihn nur fingirt hätte."

„Hm, hm, Dummheit, nützt ihm doch gar nichts. Der Verlust geht vom Capital, und das zweite?"

„Ein Bauunternehmer hat an Friedrich einen Tausendmarkschein gezahlt; er hatte sich die Nummer notirt, ich habe sie."

„Famos Weithaas, famos. Wo haben Sie den Mann aufgegabelt?"

Weithaas erzählte.

„Das haben Sie sehr gut gemacht. Wirklich ausgezeichnet. Jetzt wollen wir sofort einen Laufzettel an die Banken ausfertigen, damit sie den Schein anhalten, besorgen Sie das gleichfalls und . . . auf das Steueramt können Sie auch gehen, ich gebe ihnen eine Vollmacht mit. Vielleicht erfahren Sie doch etwas."

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.